



über die  
3. Sitzung des Rates  
am Donnerstag, dem 18.04.2024  
im Sitzungssaal I des Rathauses

Beginn: 17:00 Uhr  
Ende: 19:00 Uhr

Anwesend

**SPD**

Herr Mehmet Akca  
Herr Denis Aschhoff  
Frau Alexandra Bartosch  
Herr Joachim Eckardt  
Frau Carina Feige  
Herr Daniel Heidler  
Herr Peter Holtmann  
Herr Klaus Kasperidus  
Frau Christiane Klanke  
Herr Gökçen Kuru  
Frau Brigitte Langer  
Frau Elena Liedtke  
Frau Jutta Maeder  
Herr Bastian Nickel  
Frau Nadine Pasalk  
Herr Lucas Sklorz  
Frau Ulrike Skodd  
Herr Oliver Syperek  
Herr Theodor Wältermann  
Herr Manfred Wiedemann

**CDU**

Herr Michael Bierhoff  
Herr Ralf Eisenhardt  
Herr Rainer Fuhrmann  
Frau Rosemarie Gerdes  
Frau Sarah Grüneberg  
Herr Stefan Helmken  
Herr Wilhelm Kemna  
Herr Heinrich Kissing  
Herr Ralf Langner  
Frau Susanne Middendorf

Frau Helga Pszolka  
Herr Dr. Oliver Romeo  
Herr Andreas Sude  
Herr Dietmar Wünnemann

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Michael Brauckmann  
Frau Anke Dörlemann  
Frau Sandra Heinrichsen  
Frau Manuela Laßen  
Herr Marian-Rouven Madeja  
Frau Anke Schneider

DIE LINKE / GAL

Herr Klaus-Dieter Grosch  
Frau Ruthild Lindemann-Opfermann

WG Kamen

Herr Dirk Externbrink  
Herr Dennis Kobus

FDP

Herr Alfred Mallitzky  
Frau Alexandra Werthmann

fraktionslos

Herr Timon Lütschen

Ortsvorsteher

Herr Ulrich Klein  
Herr Max Pasalk  
Herr Hans-Jürgen Senne

Verwaltung

Frau Elke Kappen  
Herr Dietmar Lerch  
Herr Dr. Uwe Liedtke  
Frau Ingelore Peppmeier  
Frau Hanna Schulze  
Herr Christian Völkel  
Herr Christoph Watolla

Personalrat

Frau Katja Löbbe  
Herr Frank Richard

Entschuldigt fehlten

Herr Oliver Bartosch  
Frau Christina Kollmann  
Herr Ulrich Lehmann

Bürgermeisterin **Kappen** begrüßte die Mitglieder des Rates, die Zuhörer und Vertreter der Presse sowie die Mitarbeiter der Verwaltung. Sie stellte die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung.

Änderungen der Tagesordnung wurden nicht gewünscht.

## A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Einwohnerfragestunde	
2	Umbesetzung von Ausschüssen	016/2024
3	Richtlinie zur Nutzung und Bepflanzung des Bürgerwaldes Methler der Stadt Kamen	026/2024
4	Brandverhütungsschau hier: Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Durchführung von Brandverhütungsschauen und Entgelten für freiwilligen Leistungen der Brandschutzdienststelle in der Stadt Kamen	033/2024
5	Entwurf des Jahresabschlusses 2023 der Stadt Kamen	027/2024
6	5. Änderung des Flächennutzungsplanes hier: Feststellungsbeschluss	030/2024
7	Bebauungsplan Nr. 07 Ka-Sk „Buschweg“ hier: Satzungsbeschluss	031/2024
8	Bürgerhaushalt 2024 hier: Umsetzung der Projekte aus den Bürgerversammlungen	023/2024
9	Erstellung eines Sozialberichts hier: Antrag der Fraktion DIE LINKE./GAL	
10	Prüfauftrag Wertstoffhof hier: gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU und SPD	
11	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

## A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Einwohnerfragestunde

Anfragen von Einwohnern lagen nicht vor.

Zu TOP 2.  
016/2024

Umbesetzung von Ausschüssen

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Kamen beschließt nachfolgende Umbesetzungen:

	<u>bisher</u>	<u>neu</u>
<u>Mobilitäts- und Verkehrsausschuss</u>		
ordtl. Mitglied	Ulrich Müller	Martin Seidl
stellv. Mitglied	Martin Seidlitz	Joachim Wil
<u>Schul- und Sportausschuss</u>		
ordtl. Mitglied	Thomas Vogelsang	Tanja Brück
stellv. Mitglied	Tanja Brückel	Manfred Hu
<u>Sozial-, Teilhabe-, Generationen- und Familienausschuss</u>		
stellv. Mitglied	Thomas Vogelsang	Christiane F

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 3.  
026/2024

Richtlinie zur Nutzung und Bepflanzung des Bürgerwaldes Methler der Stadt Kamen

Bürgermeisterin **Kappen** gab einige Erläuterungen zur Vorlage und zu den Verfahrensabläufen für den kommenden Bürgerwald in Methler.

Herr **Heidler** begrüßte die Fortführung des identitätsstiftenden Projektes, welches auch für das Stadtklima von besonderer Bedeutung sei. Die vorgelegte Richtlinie werde befürwortet und eine perspektivische Fortführung des Bürgerwald-Projektes gewünscht.

Herr **Eisenhardt** signalisierte für die CDU-Fraktion ebenfalls Zustimmung zur vorgelegten Richtlinie. Auf Nachfrage führte Bürgermeisterin **Kappen** aus, dass in Südkamen ca. 400 Bäume gepflanzt wurden. Die jetzige Fläche in Methler sei allerdings kleiner. Wann diese Fläche komplett bepflanzt sei hänge von der Nachfrage ab, so die Bürgermeisterin. Weitere Flächenpotentiale müssten bereits jetzt geprüft werden.

Herr **Kobus** führte für die Fraktion WG Kamen aus, dass man der Vorlage ebenfalls zustimmen werde. Auf Nachfrage von Herrn Kobus merkte Bürgermeisterin **Kappen** an, dass die anliegenden Bürgerinnen und Bürger natürlich über die 1 x jährliche Pflanzaktion informiert würden. Probleme durch parkende Fahrzeuge sollten vermeidbar sein. Die Teilnehmer/innen könnten evtl. zu Fuß oder aber auch mit dem Fahrrad zum Pflanzfest anreisen, so die Bürgermeisterin. Bürgermeisterin **Kappen** ergänzte in diesem Zusammenhang, dass man

aktuell eine weitere Fläche für einen Bürgerwald in Heeren-Werve prüfen lasse. Sofern sich diese Fläche realisieren ließe, könne evtl. in Methler und Heeren-Werve parallel ein Bürgerwald entstehen. Mit der Thematik würde der Rat natürlich entsprechend befasst.

Auf Anfrage von Frau **Middendorf** erläuterte Beigeordneter **Liedtke**, dass die Auswahl der zu pflanzenden Bäume das Ergebnis einer sorgfältigen Flächen- und Bodenuntersuchung sei. Bürgermeisterin **Kappen** sagte zu, die Bepflanzung der Fläche mit Birken samt der Abstandsflächen zu den angrenzenden Grundstücken nochmals prüfen zu lassen.

#### **Beschluss:**

Der der Stadt Kamen beschließt die vorgelegte Richtlinie zur Nutzung und Bepflanzung des „Bürgerwaldes Methler“ der Stadt Kamen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 4.  
033/2024

Brandverhütungsschau  
hier: Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Durchführung von Brandverhütungsschauen und Entgelten für freiwilligen Leistungen der Brandschutzdienststelle in der Stadt Kamen

#### **Beschluss:**

Die vorgelegte Neufassung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Durchführung der Brandverhütungsschauen und von Entgelten für sonstige brandschutztechnische Leistungen in der Stadt Kamen und die dieser Gebührensatzung zu Grunde liegende Gebührenkalkulation werden beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 5.  
027/2024

Entwurf des Jahresabschlusses 2023 der Stadt Kamen

Einleitend stellte Herr **Völkel** umfangreiche Informationen zum Entwurf des Jahresabschlusses 2023 vor (Rede und PowerPoint-Präsentation sind im Ratsinformationssystem hinterlegt).

Herr **Heidler** bedankte sich für die umfassenden Informationen, die

nochmals deutlich gemacht haben, dass auch zukünftig eine besondere Haushaltsdisziplin angezeigt sei. Die Übernahme weiterer gesetzlicher Aufgaben und die Belastungen durch die im Haushalt isolierten Schäden seien hierfür ein entsprechender Beleg. Im Ergebnis bliebe den Kommunen nur die Möglichkeit Ausgaben und Standards zu senken oder aber die Grundsteuern zu erhöhen. Die derzeitige Höhe der Ausgleichsrücklage böte allerdings für die nächsten Jahre die Perspektive auf weitere Erhöhungen zu verzichten, so Herr Heidler.

Herr **Eisenhardt** merkte an, dass eine abschließende Bewertung zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen werde. Die vorgetragenen Zahlen zeigten allerdings, dass die Entscheidung des Rates von Januar 2024 richtig war, die Grundsteuern zu erhöhen. Es sei positiv, dass sich hieraus eine Perspektive ergäbe. Nunmehr sei es allerdings auch erforderlich, über mögliche Einsparungen zu sprechen.

Herr **Grosch** stimmte seinen Vorrednern im Wesentlichen zu. Die kommunalen Finanzen seien in besonderer Weise vom Land und vom Bund beeinflusst. Dies führe im Ergebnis meist zu entsprechenden Steuererhöhungen, wie auch in Kamen geschehen. Hier hätte die Politik von Land und Bund – insbesondere bei den Corona-Schäden – andere Entscheidungen treffen können. Mit Blick auf das hohe Gewerbesteueraufkommen in Kamen und dem diesbezüglichen Antrag seiner Fraktion hätte eine Erhöhung der Gewerbesteuersätze auch zu einer Verbesserung der Haushaltslage geführt.

Auf Nachfrage von Herrn **Mallitzky** erläuterte Herr **Völkel**, dass die VKU pandemiebedingt weniger Erträge erzielt habe. Dadurch sei es zu einer Erhöhung der Verlustübernahme gekommen.

Abschließend führte Bürgermeisterin **Kappen** unter Bezug auf die Äußerungen von Herrn Grosch aus, dass sie den Wunsch aus der kommunalen Familie ausdrücklich unterstützt, den städtischen Haushalten und damit auch den nachkommenden Generationen die durch Corona entstandenen Schäden abzunehmen.

### **Beschluss:**

Der Entwurf des Jahresabschlusses 2023 wird dem Rechnungsprüfungsausschuss zur Prüfung zugeleitet.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 6.  
030/2024

5. Änderung des Flächennutzungsplanes  
hier: Feststellungsbeschluss

### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Kamen beschließt nach Prüfung und Abwägung gem. § 1 (7) und § 2 (3) Baugesetzbuch (BauGB) in der derzeit gültigen Fassung

1. die in der Anlage 5 aufgeführten Abwägungsvorschläge der Verwaltung zu den eingegangenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit, der Nachbarkommunen sowie der Behörden und Träger öffentlicher Belange im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung gem. §§ 3 (1) und 4 (1) BauGB;
2. die in der Anlage 6 aufgeführten Abwägungsvorschläge der Verwaltung zu den eingegangenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit, der Nachbarkommunen sowie der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange im Rahmen der Beteiligung gem. §§ 3 (2) und 4 (2) BauGB;
3. die 5. Änderung des Flächennutzungsplanes mit der Begründung als Feststellungsbeschluss.

Der Rat der Stadt Kamen nimmt zur Kenntnis, dass im Rahmen der wiederholten Veröffentlichung gem. § 3 (2) BauGB keine Stellungnahmen eingegangen sind.

Die Grenzen der räumlichen Geltungsbereiche der 5. Änderung des Flächennutzungsplanes sind in dem beigefügten Lageplan dargestellt (siehe Anlage 1 und Anlage 2).

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 7.  
031/2024

Bebauungsplan Nr. 07 Ka-Sk „Buschweg“  
hier: Satzungsbeschluss

Auf Anfrage von Frau **Lindemann-Opfermann** führte Beigeordneter Dr. **Liedtke** aus, dass die Thematik der Geräuschemissionen bereits im letzten Jahr ausführlich in den jeweiligen Fachausschüssen behandelt wurde. Die Vorgehensweise der Verwaltung, die sich an den entsprechenden Richtlinien und gesetzlichen Grundlagen orientiert, sei absolut sachgerecht. Auch den empfohlenen Einbau von schallgedämmten Lüftungsanlagen bezeichnete Herr Dr. Liedtke als vollkommen normal. Mit sogenannten ungesunden Wohn- und Arbeitsverhältnissen sei nicht zu rechnen.

Herr **Kasperidus** merkte an, dass sich der Planungs- und Stadtentwicklungsausschuss umfassend mit der Thematik und dem attraktiven Baugebiet befasst habe. Danach seien die möglichen Interessenten über die Lage und die Geräuschemissionen informiert.

Herr **Kissing** ergänzte, dass die Thematik eine besondere Bedeutung und

damit auch einer entsprechenden Betrachtung unterzogen wird. Einschränkungen durch Lärm seien an dieser Stelle und an vielen anderen Bereichen in der Stadt Kamen leider nicht zu vermeiden. Die Empfehlungen an die zukünftigen Bauherren seien daher in Ordnung und die entstehenden Kosten vertretbar.

Herr **Aschhoff** wies darauf hin, dass die Anfrage vom Grundsatz bereits im Ausschuss gestellt und auch beantwortet worden sei. Zu einer möglichen Verpflichtung der Bauherren Lärmschutzmaßnahmen umzusetzen ergänzte er mit Blick auf die Lage des Baugebietes und das transparente Verfahren, dass diese Entscheidungen selbständig und mit Blick auf die finanzielle Situation zu treffen seien.

Frau **Lindemann-Opfermann** stellte klar, dass man dem Punkt befürworten werde. Allerdings sei es ihr wichtig gewesen, die entsprechenden Bedenken nochmals darzustellen.

Beigeordneter **Liedtke** führte abschließend aus, dass der Bebauungsplan bereits im letzten Jahr einstimmig verabschiedet wurde. Die heutige Beschlussfassung resultiere aus einer formellen Änderung im Rahmen der öffentlichen Bekanntmachung. Herr Dr. Liedtke ergänzte, dass die Festsetzungen des Bebauungsplanes natürlich verpflichtend seien. Abweichungen seien nur im Einzelfall und mit entsprechendem Gutachten möglich.

### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Kamen beschließt nach Prüfung und Abwägung gem. § 1 (7) und § 2 (3) Baugesetzbuch (BauGB) in der derzeit gültigen Fassung

1. die in der Anlage 7 aufgeführten Abwägungsvorschläge der Verwaltung zu den eingegangenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit, der Nachbarkommunen sowie der Behörden und Träger öffentlicher Belange im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung gem. §§ 3 (1) und 4 (1) BauGB;
2. die in der Anlage 8 aufgeführten Abwägungsvorschläge der Verwaltung zu den eingegangenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit, der Nachbarkommunen sowie der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange im Rahmen der Beteiligung gem. §§ 3 (2) und 4 (2) BauGB;



3. den Bebauungsplan Nr. 07 Ka-SK „Buschweg“ mit der Begründung gem. § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung.

Der Rat der Stadt Kamen nimmt zur Kenntnis, dass im Rahmen der wiederholten Veröffentlichung gem. § 3 (2) BauGB keine Stellungnahmen eingegangen sind.

Die Grenzen des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes sind in dem beigefügten Lageplan dargestellt (siehe Anlage 1).

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 8.  
023/2024

Bürgerhaushalt 2024

hier: Umsetzung der Projekte aus den Bürgerversammlungen

Bürgermeisterin **Kappen** erläuterte zu Beginn das Verfahren zum Bürgerhaushalt und stellte – getrennt nach Ortsteilen – die in den jeweiligen Versammlungen vereinbarten Projekte und die entsprechenden Prüfaufträge an die Verwaltung vor. Änderungen seitens der Verwaltung würden nur dann vorgenommen, wenn Projekte nicht durchführbar seien oder diese gegen Rechtsvorschriften verstoßen würden.

Herr **Heidler** führte aus, dass die SPD-Fraktion dem vorgelegten Beschlussvorschlag gerne zustimmen werde. Er lobte, nach erfolgter Diskussion in der Politik, die von der Bürgermeisterin vorgenommene Anpassung der Spielregeln. Dies habe zu einer Verbesserung der Abläufe und insgesamt zu guten Ergebnissen geführt. Das Projekt „Bürgerhaushalt“ spiegele die komplette Bandbreite der Kamener Stadtgesellschaft wieder, so Herr Heidler. Kritisch hinterfragte Herr Heidler hingegen – unter Bezug auf einen gemeinsam mit der CDU gestellten Antrag – die Bezuschussung von Projekten der Kinder- und Jugendfeuerwehr. Hierfür sollte nach seiner Kenntnis ein jährliches Budget im Haushalt eingestellt werden.

Bürgermeisterin **Kappen** sagte eine Überprüfung in der Angelegenheit zu.

Unter Hinweis auf ihre Teilnahme in Heeren-Werve bezeichnete Frau **Lindemann-Opfermann** die Versammlung als harmonisch, rücksichtsvoll und sozial. Das Aushandeln des Budgets funktionierte reibungslos. Die Gelder des Bürgerhaushaltes würden in allen Fällen für sinnvolle Projekte, wie Begegnungsfeste, Ausflüge, Sportfeste etc. eingesetzt. Daher stimme man der Vorlage gerne zu.

### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Kamen beschließt die Umsetzung der Vorschläge (siehe Anlage), die im Rahmen der Bürgerversammlungen in den Ortsteilen zum Bürgerhaushalt 2024 eingebracht und einvernehmlich verhandelt wurden.

Die Verwaltung wird beauftragt,

- a. die Zuschüsse an die Initiatoren (Vereine, Institutionen, Einzelpersonen) auszuzahlen,
- b. die für die Umsetzung von Maßnahmen – im laufenden Haushaltsjahr – erforderlichen Haushaltsmittel den jeweils zuständigen Produktgruppen zuzuordnen,
- c. die Vorlage von Nachweisen über die Verwendung der Zuschüsse einzufordern,
- d. den Rat abschließend über die Umsetzung des Vorschlagspaketes zum Bürgerhaushalt 2024 zu informieren.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 9.

Erstellung eines Sozialberichts  
hier: Antrag der Fraktion DIE LINKE./GAL

Für die Fraktion DIE LINKE./GAL erläuterte Herr **Grosch** – unter Hinweis auf den aktuellen Armutsberichtes des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes und die letzte Kamener Präventionskonferenz – die Gründe für die beantragte Erstellung eines Sozialberichtes für die Stadt Kamen.

Für die SPD-Fraktion verdeutlichte Frau **Klanke** die Bedeutung eines entsprechenden Berichtes für die Sozialpolitik vor Ort. Es sei wesentlich, insbesondere auch vor dem Hintergrund der zur Verfügung stehenden Mittel, zielgerichtete Maßnahmen in den unterschiedlichsten Bereichen für die betreffenden Bürgerinnen und Bürger zu entwickeln. Daher stimme die SPD der Erstellung eines Sozialdatenberichtes incl. Maßnahmenentwicklung zu.

Für die CDU-Fraktion führte Herr **Eisenhardt** aus, dass es sinnvoll sei, einen solchen Sozialbericht zu erstellen. Dies könne interdisziplinär innerhalb der Verwaltung erfolgen. Die CDU werde demzufolge dem Antrag zustimmen. Eine Fortschreibung der Daten könne evtl. – je nach Aufwand – turnusmäßig 1 x je Wahlperiode erfolgen.

Frau **Schneider** teilte für die Grünen-Fraktion mit, dass man dem Antrag sehr gerne zustimmen werde. Wichtig sei allerdings nicht nur die entsprechenden Daten zu sammeln und aufzubereiten, sondern im Anschluss entsprechende Maßnahmen hieraus zu entwickeln.

Bürgermeisterin **Kappen** erläuterte abschließend, dass es sich bei der Erstellung eines Sozialberichtes um eine Querschnittsaufgabe innerhalb der Verwaltung handele. Für die Ermittlung der Daten sei eine Beteiligung unterschiedlicher Stellen im Hause sowie externer Verbände und Institutionen zwingend erforderlich. Im Anschluss gelte es, entsprechende Maßnahmen abzuleiten. Geplant sei, die Berichterstellung durch eigenes Personal und unter Beteiligung der Fachausschüsse durchzuführen. Wann

mit einer Vorlage des Berichtes zu rechnen sei, könne nicht verbindlich mitgeteilt werden, so Bürgermeisterin Kappen. Wunsch wäre eine Vorlage noch im laufenden Jahr.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Kamen beschließt, dass die Stadt Kamen einen Sozialbericht bzw. Sozialdatenbericht erstellt.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 10.

Prüfauftrag Wertstoffhof

hier: gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU und SPD

Herr **Eisenhardt** erläuterte unter Bezug auf entsprechende Hinweise aus der Bürgerschaft die Beweggründe für die Antragstellung. Danach gebe es immer wieder Kritik an der Größe, der Zufahrtsmöglichkeit und auch der Öffnungszeiten des Wertstoffhofes in Kamen-Mitte. Daher werde die Verwaltung um entsprechende Gespräche mit der GWA gebeten, um eine evtl. Verlagerung des bisherigen Standortes – zur Verbesserung der aktuellen Situation – zu prüfen.

Herr **Heidler** führte ergänzend aus, dass die Grundüberlegung des Antrags sei, eine Komfortverbesserung für die Bürgerinnen und Bürger zu erzielen. Es wäre daher zu begrüßen, wenn die sicherlich intensive Prüfung am Ende zu einer positiven Lösung führen könnte. Bei einer signifikanten Optimierung sei auch eine moderate Gebührenerhöhung akzeptabel, so Herr Heidler.

Auch Bürgermeisterin **Kappen** bestätigte entsprechende Bürgerhinweise zum Wertstoffhof. Eine evtl. Standortverlagerung, die nicht einfach umsetzbar sei, müsse ausführlich mit der GWA besprochen werden. Hierbei sei u. a. die derzeitige Vertragssituation wie auch die Einsatzfähigkeit der „Gelben Engel“ zu berücksichtigen. Das Ergebnis der Prüfung werde der Politik, evtl. auch mit den Auswirkungen für den Gebührenhaushalt, zu gegebener Zeit vorgelegt.

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, bis zum Ende der Wahlperiode, einen neuen Standort für den Wertstoffhof Kamen-Mitte zu prüfen. Dazu sollen auch Gespräche mit der GWA durchgeführt werden.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig bei 2 Enthaltungen angenommen

Zu TOP 11.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung:

- a. Bürgermeisterin **Kappen** teilt mit, dass man verwaltungsseitig – infolge des aktuellen Drohnenangriffes – Kontakt zur israelischen Partnerstadt in Eilat aufgenommen habe. Danach habe es zwar Sachschäden gegeben, Menschen seien glücklicherweise nicht verletzt worden. Frau Kappen ergänzte, dass man in Eilat ca. 10.000 geflüchtete Menschen aus dem Norden Israels zusätzlich aufgenommen habe. Die Bürgerinnen und Bürger Eilats bedankten sich sehr für die Anteilnahme aus der Stadt Kamen.
- b. Bürgermeisterin **Kappen** wies auf das von Stadt und Sportverband Kamen veranstaltete Fest des Kamener Sports am 20.04.2024 in der Kamener Stadthalle hin.
- c. Beigeordnete **Peppmeier** informierte über den Frühlingmarkt, der vom 27.04. bis 28.04.2024 in der Kamener Innenstadt und erstmalig in Verantwortung der Stadt Kamen stattfinden werde. Unter dem Motto „Kamen blüht auf“ wird es im Marktbereich über 65 Stände, eine Bühne mit Bühnenprogramm sowie kulinarische Angebote geben. Ergänzt wird der Markt mit einer kleinen Caravan- und Autoshow. Der Samstag endet um 22:00 Uhr mit einer Feuershow, der Sonntag – mit einer Modenschau – ist verkaufsoffen.
- d. Bürgermeisterin **Kappen** teilte mit, dass die Präsidentin des Deutschen Bundestages, Frau MdB Bärbel Bas, am 11.05.2024 – anlässlich einer Gala des Kreises Unna für Ehrenamtliche im Brand- und Rettungsdienst in der Stadthalle – die Stadt Kamen besuchen werde. Es erfolge im Vorfeld ein Empfang im Ratsbürgersaal und ein Eintrag in das Goldene Buch. Die Vorsitzenden der Fraktionen und die stellvertretenden Bürgermeister seien zur Teilnahme eingeladen worden.
- e. Bürgermeisterin **Kappen** machte anlässlich des anstehenden 75-jährigen Jubiläums des Grundgesetzes darauf aufmerksam, dass am 23.05.2024 – nach kurzfristiger Abstimmung – eine entsprechende Veranstaltung mit dem 11. Jahrgang der Gesamtschule Kamen stattfinden werde. Die Veranstaltung zum Thema „Wehrhafte Demokratie“ werde unter Beteiligung des namenhaften Politikwissenschaftlers Prof. Dr. Klaus Schubert konzipiert und durchgeführt.

Bürgermeisterin **Kappen** ergänzte, dass nach der Sommerpause und unter Beteiligung des Landtagspräsidenten, Herrn MdL André Kuper, eine weitere Veranstaltung zum Thema Grundgesetz und ihre Bedeutung für die heutige Zeit am Gymnasium Kamen

vorgesehen sei. Hierzu erfolge aktuell noch die konkrete Terminabstimmung.

- f. Bürgermeisterin **Kappen** teilte mit, dass am 28.05.2024 die Frauenmesse „Jetzt ICH! Zukunft, Beruf und Familie im Kreis Unna“ – unter ihrer Schirmherrschaft – in der Stadthalle Kamen stattfinden werde. Es handele sich um eine Kooperationsveranstaltung der Stadt Kamen, der Bundesagentur für Arbeit und dem Jobcenter. Den Teilnehmerinnen würden umfangreiche Informations- und Beratungsangebote für den Einstieg in den Beruf zur Verfügung gestellt. Zudem stellen Unternehmen verschiedener Branchen ihre Arbeitsangebote vor.
- g. Bürgermeisterin **Kappen** informierte über das „Startchancen-Programm“. Das Programm unterstütze gezielt Schulen mit einem hohen Anteil sozial benachteiligter Schülerinnen und Schüler. Dafür investieren Bund und Länder zusammen rund 20 Milliarden Euro in zehn Jahren. Nach aktueller Mitteilung der Bezirksregierung Arnsberg vom 15.04.2024 kämen in Kamen die Hauptschule und die Friedrich-Ebert-Schule für eine Unterstützung in Frage. Eine Meldung – im Sinne einer Antragstellung müsse seitens der Verwaltung bis zum 10.05.2024 erfolgen. Auf entsprechenden Hinweis der Bürgermeisterin stimmte der Rat der vorstehenden Verfahrensweise einvernehmlich zu. Eine weitergehende Information über den Schulausschuss werde erfolgen, so die Bürgermeisterin.
- h. Bürgermeisterin **Kappen** teilte mit, dass in der Stadt Kamen aktuell 75 Ehrenamtskarten, davon 36 Jubiläumsehrenamtskarten, an Personen aus den unterschiedlichsten Vereinen und Institutionen herausgegeben wurden. Diesen Personen stünden auch in Kamen bereits entsprechende Vergünstigungsangebote zur Verfügung. Die Bürgermeisterin zeigte sich zuversichtlich, dass sich dieses Angebot, insbesondere unter Mithilfe der KIG e. V., stetig vergrößere.

#### Anfragen der Ratsmitglieder:

- a. Auf Anfrage von Ratsmitglied **Gerd** teilte Beigeordneter Dr. **Liedtke** zum abgesackten Urnenfeld auf dem Friedhof Südkamen mit, dass man aktuell versuche, sich mit Hilfe eines Radars Informationen über die geologischen Verhältnisse zu verschaffen. Sofern diese verlässlich vorlägen, so werde man im Rat oder in einem Fachausschuss entsprechend berichten.
- b. Auf Anfrage von Ratsmitglied **Gerd** sagte Bürgermeisterin **Kappen** zu, die Einrichtung einer Einbahnstraße im Bereich „Westenmauer / Richtung Kämerstraße“ durch den zuständigen Verkehrsbereich prüfen zu lassen.
- c. Auf Anfrage von Ratsmitglied **Kobus** führte Bürgermeisterin **Kappen** detailliert aus, dass es infolge der aktuellen Beschwerdelage entsprechende Einsätze des städtischen

Ordnungsdienstes – in Kooperation mit der Polizei – im Bereich des Willy-Brandt-Platzes gegeben habe. Bei der angesprochenen Schaffung eines innerstädtischen Quartiers für die betreffenden Kolleginnen und Kollegen des Ordnungsdienstes gehe es vielmehr darum, eine entsprechende Rückzugsmöglichkeit und damit auch eine schnellere Einsatzmöglichkeit – zu unterschiedlichen Tageszeiten – zu schaffen. Bürgermeisterin Kappen wies abschließend auf eine Absprache mit den Anwohnern des Willy-Brandt-Platzes hin, wonach in 4 Wochen – unter Teilnahme der Polizei und des Ordnungsdienstes – ein weiteres Gespräch stattfinden werde.

- d. Auf Anfrage von Ratsmitglied **Heinrichsen** gab Beigeordnete **Peppmeier** unter Hinweis auf die entsprechenden Beschlüsse des Rates umfangreiche Informationen zum geförderten und eigenwirtschaftlichen Glasfaserausbau in der Stadt Kamen. Danach seien für den geförderten Ausbau in den Siedlungs- und Gewerbebereichen die Bauaufträge erteilt. Mit den abgestimmten Maßnahmen solle noch im Sommer begonnen werden. Der Abschluss der Arbeiten sei für den Spätherbst 2025 geplant.

Zum eigenwirtschaftlichen Ausbau führte Frau Peppmeier aus, dass die DGN von der ursprünglichen Anschlussquote von 35 % Abstand genommen habe und nunmehr andere Prioritäten setze. Die DGBN beabsichtige die Ausbauplanungen für das erste von insgesamt drei Clustern im Juni dieses Jahres abzuschließen und in Heeren-Werve mit den Arbeiten zu beginnen. Eine parallele Abwicklung zu den Arbeiten des geförderten Ausbaus sei beabsichtigt. Entsprechende Bauinformationsabende würden in der Folge stattfinden.

- e. Auf Anfrage von Ratsmitglied **Middendorf** erläuterte Bürgermeisterin **Kappen**, dass infolge der Bedarfslage und der sich hieraus resultierenden Erweiterung des AWO-Familienzentrums „Brausepulver“ – seit Herbst letzten Jahres – kein Raum für eine private Nutzung mehr bereitgestellt werden könne. Hinsichtlich der möglichen Nutzung des Saales in der „Alten Wasserkurler Schmiede“ sagte Bürgermeisterin Kappen eine offizielle Nachfrage und Prüfung zu. Mit Blick auf die Haushaltslage sei eine evtl. Realisierung allerdings nur im Wege einer Vereinsträgerschaft denkbar.
- f. Auf Anfrage von Ratsmitglied **Eisenhardt** bestätigte Beigeordneter Dr. **Liedtke**, dass verwaltungsseitig die Einrichtung eines Trinkbrunnens in der Innenstadt geprüft würde. Hierzu sei eine Abstimmung mit den GSW eingeleitet worden, die aktuell noch nicht komplett abgeschlossen sei.
- g. Auf Anfrage von Ratsmitglied **Grosch** führte Beigeordneter Dr. **Liedtke** aus, dass die Entwurfsfassung des Nahverkehrsplanes für den Kreis Unna der Verwaltung aktuell noch nicht vorliegen würde. Nach Beratung und Beschlussfassung durch den Kreistag werde man die Entwurfsfassung verwaltungsseitig prüfen und unter Beteiligung der Fachausschüsse eine offizielle Stellungnahme zum Entwurf des Nahverkehrsplans abgeben.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Bürgermeisterin Kappen den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:50 Uhr.

---

Vorsitzender

---

Schriftführer/in